



WAHLPLATTFORM

DER SP KANTON BERN

FÜR DIE GROSSRATSWAHLEN 2014

Der Kanton Bern hat sich in den vergangenen vier Jahren politisch nicht zum Guten entwickelt. Die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat haben während der Legislatur 2010 - 2014 zum Abbau im Sozial- und Bildungsbereich geführt. Auch Umwelthanliegen hatten es schwer. Beispiele der bürgerlichen Politik sind der Entscheid zur 10-prozentigen Kürzung bei der Sozialhilfe, der verpasste Umstieg auf erneuerbare Energien oder der Lektionenabbau an den Volksschulen.

Wegen der unverantwortlichen Steuersenkungspolitik bleibt die finanzielle Situation des Kantons angespannt und auch nach dem inakzeptablen Abbau-Paket werden SVP, BDP, FDP und GLP weitere Kürzungen im Sozial- und im Bildungsbereich durchzusetzen versuchen.

Neue politische Mehrheiten sind deshalb dringend notwendig. Erklärtes Ziel der Wahlen vom 30. März 2014 ist die Stärkung der links-grünen Kräfte im Parlament. Die SP will in allen Regionen zumindest stimmenmässig zulegen. Das erreichen wir, wenn wir nahe bei den Menschen sind und unsere Politik die Probleme der breiten Bevölkerung aufgreift.

Der Kanton Bern soll in den nächsten Jahren in gesellschaftlich wichtigen Bereichen eine besonders positive Rolle spielen. Die links-grünen Kräfte müssen in Koalitionen mit den Mitteparteien sowie nahe stehenden Organisationen gestärkt werden. Wir wollen mit einer verantwortungsvollen und innovativen Wirtschaft zusammenarbeiten und gute Rahmenbedingungen für alle Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden im Kanton Bern schaffen.

Übergeordnet und als Daueraufgabe setzen wir uns ein für Chancengleichheit, die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie für Menschen mit Behinderungen. Wir pflegen die Zweisprachigkeit im Kanton Bern, denn Bern hat als zweisprachiger Kanton eine wichtige Brückenfunktion zwischen der deutschsprachigen und französischsprachigen Schweiz. Eine Gleichbehandlung der beiden Sprachen ist für die SP eine Selbstverständlichkeit.

Voraussetzung für die linke Wende im Kantonsparlament sowie den Erhalt der Mehrheit in der Regierung ist ein erfolgreicher Wahlkampf. Als einzige Partei treten wir in den meisten Regionen mit getrennten Frauen- und Männerlisten an. Von einer starken SP profitieren ausser Abzocker und Steuerhinterzieher alle. Die SP steht **für alle statt für wenige**. Wir kämpfen für **soziale Gerechtigkeit, gute Bildung**, einen **starken Kanton Bern** sowie für eine **lebenswerte Umwelt**.



Soziale Gerechtigkeit

Wir setzen uns ein für faire Löhne für alle und sagen Nein zu Abzockern. Jeder Lohn soll ein Leben in Würde ermöglichen. Lohnexzesse müssen aufhören, stattdessen soll eine gerechtere Verteilung des Reichtums erfolgen. Das Armutsrisiko muss gesenkt werden, indem Familien unterstützt werden, die Frühförderung eingeführt ist, ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche zur Verfügung stehen und die Integration der ausländischen Bevölkerung konsequent umgesetzt wird. Die Spital- und Versorgungsplanung muss die Grundversorgung im ganzen Kanton gewährleisten.

Wofür die SP kämpft

- **Lohngerechtigkeit:** Mindestlöhne sind eine Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit. Heute verdienen auch im Kanton Bern zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht genug, um davon leben zu können. Frauen werden bei den Löhnen nach wie vor diskriminiert. Wer arbeitet, hat ein Recht auf einen anständigen Lohn und Lohngleichheit.
- **Integration:** Migrantinnen und Migranten sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie sollen integriert und ihre Erfahrungen genutzt werden. Politische Partizipation von EinwohnerInnen ohne Schweizerpass, z.B. über die Mitarbeit in politischen Kommissionen auf Gemeindeebene, begünstigt die Integration.
- **Medizinische Grundversorgung:** Die Hausarztmedizin ist der Dreh- und Angelpunkt des Gesundheitssystems. Zusammen mit der integrierten Versorgung und mit Ärztenetzwerken hat die Bedeutung der Hausarztmedizin zugenommen. Diese ist mittels Impulsprogrammen und Ausbildungsplätzen gezielt zu fördern.
- **Ergänzungsleistungen:** Familien mit Kindern sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen. Ergänzungsleistungen kommt eine zentrale Funktion bei der Bekämpfung von Armut zu. Niederschwellige Beratungsangebote erhöhen die Chance, dass Probleme frühzeitig erkannt und Massnahmen ergriffen werden.
- **Respekt vor dem Alter:** Alte Menschen sollen unterstützt werden in ihrem Bestreben selbständig und unabhängig ihr Leben zu führen. Dazu braucht es ein ideal gestaltetes Wohn- und Lebensumfeld sowie gezielte Unterstützung, welche ihnen das Leben in der gewohnten Umgebung bis ins hohe Alter ermöglichen, wie zum Beispiel Spitex-Dienste und anpassbare Wohnungen.
- **Armutsbekämpfung:** Armutsgefährdeten Personen soll Hilfe und Entlastung in menschenwürdiger Form zukommen. Die Sozialhilfe soll sich nach den SKOS-Richtlinien richten, die sich an die aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten anlehnen.



Gute Bildung

Bildung und lebenslanges Lernen sind der Schlüssel zu sozialer Sicherheit. Darum lohnen sich Investitionen in die Bildung auf allen Stufen. Wir fordern beste Qualität. Dies bedingt hohe Kompetenzen der Lehrpersonen sowie Ressourcen für die Früh- und Schulförderung, Ganztageschulen und Bildungsangebote.

Wofür die SP kämpft

- **Frühförderung:** Es gibt einen Zusammenhang zwischen frühkindlicher Bildung und Schulerfolg. Eine zentrale Rolle für die Frühförderung spielen Kindertagesstätten mit gut ausgebildetem Personal. Ausserdem sollen Eltern vermehrt unterstützt und begleitet werden – auch zum Wohl des Kindes.
- **Ganztageschule:** Die Ganztageschule wird zum Standardmodell für die öffentliche Schule. Schülerinnen und Schüler werden im Unterricht und in der Freizeit zu vielseitigen Aktivitäten angeregt, lernen sich in der Gemeinschaft bewegen und werden zu selbstgesteuertem Lernen motiviert. Ganztageschulen helfen Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinen.
- **Schulförderung:** Die Volksschule verzichtet auf Selektion und verschafft den Schülerinnen und Schülern ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechende, bestmögliche Bildungserfolge.
- **Berufsbildung:** Der Einstieg in den Beruf ist ein Schlüsselmoment für SchulabgängerInnen. Die enge Zusammenarbeit mit Betrieben und gute Berufsschulangebote tragen zu einer hohen Abschlussquote auf der Sekundarstufe II bei 95 Prozent bei. Wichtig für einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben sind auch Brückenangebote und berufsvorbereitende Schuljahre, insbesondere für RealschülerInnen.
- **Mittelschulen:** Ein breites Schwerpunkt- und Fakultativfachangebot an den Gymnasien sowie die Angebote der Berufsmaturitätsschulen tragen viel zur Förderung talentierter junger Menschen bei. Handels- und Fachmittelschulen ergänzen das Berufsbildungsangebot auf ideale Weise.
- **Hochschulbildung:** Wir tragen Sorge zum Hochschulstandort Bern: Universität, Pädagogische Hochschule und die Fachhochschulen gehören zu unseren Leuchttürmen und tragen zu einem prosperierenden Kanton Bern bei.



Starker Kanton Bern

Wir treten für eine starke Wirtschaft und einen starken Staat ein. Dies sind die Grundlagen für allgemeinen Wohlstand und eine soziale Gesellschaft. Steuerlücken müssen konsequent geschlossen und der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit umgesetzt werden. Die Stadtregion Bern ist ein Polit-, Wissenschafts- und Technologiezentrum mit hochqualifizierten Bildungs- und Arbeitsplätzen. Inselspital und Uni sind Weltspitze, wenn es ums Herz und Klima geht. Erneuerbare Energien, Bioprodukte und Ökotourismus sind Trümpfe für die ländlichen Regionen. Der Kanton Bern fördert die regionale Zusammenarbeit und unterstützt Gemeindefusionen.

Wofür die SP kämpft

- **Faire Steuern** Die bürgerliche Steuersenkungspolitik hat in den vergangenen Jahren zu finanziellen Einbussen in Milliardenhöhe geführt. Der verheerende Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden muss gestoppt und die Unternehmenssteuerreform III vehement bekämpft werden, ebenso Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Mit einer befristeten Rückgängigmachung der Steuersenkungen der letzten Jahre sollen dem Staat genügend Mittel zugeführt werden.
- **Nationale Brückenfunktion:** Bern ist zweisprachig und Schweizer Politikzentrum. Dank Pflege und Förderung der Zweisprachigkeit spielt Bern weiterhin eine wichtige Rolle bei der Zusammenarbeit zwischen der deutschsprachigen und französischsprachigen Schweiz. Viele Sprachen heisst auch vielseitige Kulturen.
- **Nachhaltige Wirtschaft:** Bern gehört zu den führenden Kantonen im Bereich Cleantech und erneuerbare Energien. Die erneuerbaren Energien tragen jährlich fast eine Milliarde Franken zur kantonalen Wertschöpfung bei. Die kantonale Wirtschaftsstrategie 2025 und Clusterpolitik sowie der Aufbau wirtschaftlicher Netzwerke sind weiterzuführen.
- **Stadt und Land:** Die unterschiedliche Wirtschaftskraft im Kanton führt zu grossen Finanzflüssen von der Stadt aufs Land. Diese bilden ein Fundament des Zusammenhalts unseres Kantons. Die Stärken der städtischen und ländlichen Regionen gilt es gezielt zu fördern. Gleichzeitig braucht es das Solidaritätsprinzip zwischen stärkeren und schwächeren Regionen – ein ursozialdemokratischer Gedanke.
- **Innovationszentrum:** Der Kanton setzt sich für einen nationalen Innovationspark in Biel ein. Hierfür sprechen die zu erwartenden Synergien mit dem künftigen Campus der Berner Fachhochschule. Durch die Schaffung eines nationalen Innovationszentrums wird nicht nur die Region Biel, sondern der Wirtschaftsstandort Bern als Gesamtes gestärkt.
- **Funktionale Grossräume:** Die Strukturbereinigung und die Schaffung von funktionalen Grossräumen wird weitergeführt. Mit dem doppelten Ja zu effizienten Gemeindestrukturen im September 2012 hat die bernische Stimmbevölkerung ihr Bekenntnis zu effizienteren Gemeindestrukturen unterstrichen. Als Richtgrösse werden Gemeinden mit mindestens 1000 Einwohnenden angestrebt.
- **Bürgernahe Polizei:** Das Monopol für die Sicherheit liegt beim Staat. Genügend Personal ist eine Grundvoraussetzung für eine bürgernahe Polizei. Die Verkehrsinstruktion für Kinder ist gesetzlich festzuschreiben. Für die Sicherheitskosten von kommerziellen Veranstaltungen wird das Verursacherprinzip umgesetzt.



Lebenswerte Umwelt

Der Schutz der Umwelt und die schonende Nutzung der Ressourcen sind Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Wir fordern eine Reduktion des Energieverbrauchs, die konsequente Förderung erneuerbarer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir fördern die Biodiversität und setzen uns für eine hohe Boden- und Luftqualität ein. Mit der fortschreitenden Globalisierung nimmt die Mobilität stetig zu. Mittels umsichtiger Raumplanung und der Förderung von nachhaltigen Verkehrsmitteln müssen negative Auswirkungen vermieden werden.

Wofür die SP kämpft

- **Erneuerbare und effiziente Energie:** Der mit dem kantonalen Energiegesetz von 2011 beschrittene Weg muss weiterverfolgt und alternative Energien sowie der effiziente Energieeinsatz konsequent gefördert werden. Der Kanton Bern setzt auf Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie auf Biomasse und ermöglicht die Nutzung von Erdwärme.
- **Solaranlagen:** Der Kanton Bern strebt eine Vorbildrolle mit der Erstellung von Solaranlagen auf kantonseigenen Dächern an. Es soll auch für Private einfach möglich sein, Solaranlagen zu planen und zu realisieren.
- **Wohnraum:** Auch in den Agglomerationen Bern, Biel und Thun müssen kostengünstige und bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Mit der Abgabe von öffentlichen Grundstücken und Liegenschaften im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger wird bezahlbarer Wohnraum geschaffen.
- **Stopp der Zersiedelung:** Die Stossrichtung, wie sie vom nationalen Souverän im März 2013 mit dem klaren Ja zum revidierten Raumplanungsgesetz vorgegeben wurde, ist auf Kantonsgebiet weiterzuverfolgen. Statt unversehrte Landschaften zu überbauen, sollen Siedlungen mit bestehenden Bauzonen weiterentwickelt werden.
- **Regionale Planungen:** Die regionalen Siedlungs- und Verkehrsprogramme, welche Wohn- und Wirtschaftsschwerpunkte bezeichnen und auf die Stärkung des öffentlichen Verkehrs setzen, werden umgesetzt. Gebaut wird, wo Wohnen ohne individuelles Motorfahrzeug möglich ist.
- **Öffentlicher Verkehr:** Der öffentliche Verkehr wird für den Nah- und Fernverkehr noch attraktiver. Die PendlerInnenströme können so auf den öffentlichen Verkehr umgelenkt, die Strassen vom Verkehr entlastet werden. Leuchtturmprojekte zum Nutzen des ganzen Kantons sind der Ausbau des Bahnhofs Bern und das Tram Region Bern.
- **Langsamverkehr:** Der Langsamverkehr muss mittels kantonalen und regionalen Fahrrad- und Fusswegplanungen gestärkt werden. Attraktive Verbindungen für Fuss- und Veloverkehr sowie neu Veloschnellstrassen sind Grundvoraussetzung für eine ökologische Mobilität.
- **Bern ohne Atomstrom:** Das AKW Mühleberg muss schnellst möglich abgeschaltet werden. Die Sicherheit der Bevölkerung hat höchste Priorität. Zusatzinvestitionen und der von den BKW angeregte Weiterbetrieb von Mühleberg bis 2019 sind inakzeptabel.

(Entwurf, definitive Verabschiedung durch den Parteitag vom 26.2.2014 steht noch aus).